SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demokratiekonsolidierung und die Opposition in Polen und der DDR 1945-1989

Jaskulowski, Tytus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Jaskulowski, T. (2007). Demokratiekonsolidierung und die Opposition in Polen und der DDR 1945-1989. *Totalitarismus und Demokratie*, *4*(2), 301-321. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311044

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Demokratiekonsolidierung und die Opposition in Polen und der DDR 1945–1989

Tytus Jaskułowski

Dr. Tytus Jaskułowski, geb. 1976 in Gdańsk. Seit 2006 ist er Marie Curie Fellow am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden (Anschrift: 01062 Dresden). Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten Gdańsk und Berlin. 2004–2006 Analytiker im Polnischen Institut für internationale Angelegenheiten in Warschau; 2006 Promotion am Institut für politische Studien der polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau.

Abstract

The democratic opposition has decisively influenced the democratic consolidation process in Poland and the G.D.R. Indeed, the polish opposition accelerated the system change, but the dissidents did not develop the primary guidelines for society in the consolidated democracy, because of the united fight against communism and weak political education. East Germans, however, did. Such an opinion confirms the development of party systems in both countries after 1989.

I. Einleitung

Die Verbindung zwischen den Tätigkeiten verschiedener oppositioneller Gruppierungen in Polen und der DDR sowie der Kollaps des Realsozialismus in den beiden Ländern 1989 ist eingehend untersucht worden. Dies geschah sowohl aus der Perspektive der einzelnen Staaten[1] als auch auf der Ebene der verglei-

1 Sowohl die polnische als auch die deutsche Literatur über Opposition ist sehr umfangreich. Zum Beispiel Christoph Boyer/Peter Skyba (Hg.), Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999; Helmut Fehr, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen, Opladen 1996; Karl Wilhelm Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984; Klaus-Dietmar Henke, Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999; Eberhard Kuhrt (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED Herrschaft, Opladen 1999; Torsten Moritz, Gruppen der DDR-Opposition in Ost-Berlin, gestern und heute, Berlin 2000; Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 2000. Zu den wichtigsten polnischen Werken gehören u. a.: Jerzy Eisler (red.), Co nam zostało z tych lat... Opozycja polityczna 1976–1980 z dzisiejszej perspektywy, Warszawa 2003; Andrzej Friszke (red.), Opozycja i opór społeczny w Polsce (1945–1980). Materiały konwersatorium z 20 lutego 1991 r, Warszawa 1991; ders., Opozycja polityczna w PRL: 1945–1980,

Totalitarismus und Demokratie, 4 (2007), 301–321, ISSN 1612–9008
© Vandenhoeck & Ruprecht 2007

chenden Forschung.[2] Keines der Werke, die sich mit der Opposition beschäftigen, untersucht jedoch, ob und inwiefern das Handeln der Opposition vor und während der Wende 1989 die späteren Prozesse der Demokratiekonsolidierung in Polen sowie der ehemaligen DDR beeinflusste.[3] Da gleichzeitig in den verschiedenen polnischen Analysen eine gewisse Benachteiligung der ostdeutschen Opposition gegenüber den polnischen demokratischen Bewegungen bemerkbar ist,[4] scheint es nötig, ein kleines Plädoyer für die ostdeutsche Opposition zu halten. Trotz der bitteren Niederlage während der ersten und letzten freien Wahlen in der DDR, am 18. März 1990, haben nach Einschätzung des Verfassers die ostdeutschen Bürgerbewegungen zumindest in den 80er Jahren mehr für die späteren Demokratiekonsolidierungsprozesse Ostdeutschlands bewirkt als die quantitativ größeren Widerstandskräfte in Polen. Man denke etwa an die „Solidarność"-Gewerkschaften und deren Bedeutung für die Demokratiekonsolidierung in Polen. Damit soll nicht gesagt sein, dass man zum Beispiel in Polen eine bessere bzw. stabilere Demokratie gehabt hätte, wäre die „Solidarność" nicht gegründet worden. Beide Oppositionsbewegungen haben mit den mächtigen Diktaturen friedlich gekämpft und schließlich gewonnen. Aber innere und äußere Umstände, die Konzepte sowie die Taktik des oppositionellen Handels waren in der DDR besser für die spätere Demokratiekonsolidierung geeignet, obwohl die ostdeutsche Opposition eine geringere Bedeutung in der DDR-Gesellschaft besaß. Als besonders wichtige Elemente für den Prozess der demokratischen Konsolidierung sollen die Entwicklung des pluralistischen Parteiensystems und das Ringen um Rechtstaatlichkeit erwähnt werden. Genauso wichtig war die Erringung der gesellschaftlichen Akzeptanz dafür, dass die Demokratie, „the only game in town"[5] ist.

Londyn 1994; Zygmunt Hemmerling, Opozycja antykomunistyczna w Polsce 1944–1956 wybór dokumentów, Warszawa 1990.

2 Dazu einige Beispiele: Łukasz Kamiński/Andrzej Małkiewicz/Krzysztof Ruchniewicz (red.), Opór społeczny w Europie Środkowej w latach 1948–1953 na przykładzie Polski, NRD i Czechosłowacji. Wstępny Raport z badań, Wrocław 2004; Jerzy Holzer/Józef Fiszer (red.), Przemiany w Polsce i w NRD po 1989 roku, Warszawa 1996; Sandrine Kott/Marcin Kula, Socjalizm w życiu powszednim. Dyktatura a społeczeństwo w NRD i PRL, Warszawa 2006. Als die neueste Arbeit besonders hervorzuheben, ist die Monographie von Dominik Trutkowski, Der Sturz der Diktatur. Opposition in Polen und der DDR, Berlin 2007.

3 Die wichtigste Ausnahme ist die Arbeit Grzegorz Ekiert/Jan Kubik, Rebellious civil society: popular protest and democratic consolidation in Poland, 1989–1993, Ann Arbor 1999.

4 Manche Autoren vertraten in Polen sogar noch nach 1989 die Meinung, es habe in der DDR keine organisierte Opposition gegeben. Vgl. Erhard Cziomer, Zarys historii Niemiec powojennych, Warszawa 1997, S. 250; Jacek Wojnicki, Kształtowanie się systemów partyjnych w Europie Środkowej, Pułtusk 2004, S. 57.

5 Juan Linz, Transitions to Democracy. In: Washington Quaterly, (1990), S. 143–164.

II. Entstehung des kommunistischen Staates 1945–1949

War es in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt möglich, daran zu denken, die Wurzeln der demokratischen Konsolidierung zu pflegen, zumal in den besetzten und nicht souveränen Staaten, ohne festgestellte Grenzen und mit ruinierter Wirtschaft, die drei wichtigsten Machtinhaber – Josef Stalin, Walter Ulbricht sowie Bolesław Bierut – ganz offen davon sprachen, das kommunistische Staatsmodell verwirklichen zu wollen, ohne Demokratieregeln zu berücksichtigen und die Pluralismus nur als Täuschung ihrer Absichten nutzten?[6] Die Entstehung eines kommunistischen Staates auf dem Gebiet Polens und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) war für Stalin spätestens 1944 beschlossene Sache. Ein Erfolg der demokratischen Kräfte war langfristig unmöglich und die Opposition als Bestandteil der politischen Dynamik in den kommunistischen Staaten ausgeschlossen. Die Verwirklichung der Absichten Stalins zeitigte aber völlig unterschiedliche Folgen in beiden Ländern in Bezug auf die demokratische Konsolidierung. Diese Folgen waren für die SBZ günstiger als für Polen.

Ostdeutschland profitierte vor allem von den außenpolitischen Umständen, da das deutsche Territorium nicht ausschließlich unter sowjetischer Kontrolle stand. So musste Stalin die Verpflichtungen gegenüber den Westalliierten bezüglich der Demokratisierung Deutschlands zumindest teilweise berücksichtigen, um zum Beispiel Reparationen aus den anderen Besatzungszonen zu erhalten. Bis 1949 herrschten daher im politischen Leben der SBZ doppelte Standards. Die KPD/SED bereitete zwar eine Machtübernahme vor,[7] aber alles musste demokratisch aussehen. Daher entstand ein pluralistisches Parteiensystem. Aufgrund der Bewegungsfreiheit konnte man zudem relativ einfach die SBZ verlassen, was in Polen nicht möglich war. Da Polen ausnahmslos durch die sowjetischen Streitkräfte kontrolliert wurde, konnte die Polnische Arbeiterpartei (PPR) das Sowjetsystem ohne Verzögerungen installieren und gleichzeitig das für die Demokratie wichtige Element der gesellschaftlichen Ordnung, nämlich ein pluralistisches Parteiensystem, beseitigen.

Dass man sichtbare Demokratiemerkmale in der SBZ einfügen musste, trug nicht nur zur Entstehung, sondern auch zur Entwicklung des quasi-normalen Parteiensystems bei. Die politischen Parteien, CDU, SPD oder LPD, waren als selbständige Initiativen der Bürger gegründet worden. Die unterhielten enge Verbindungen zu den Parteien der Westzonen und konnten daher mit einer gewissen Unterstützung aus Westdeutschland rechnen.[8] Die Parteien, die auf

6 Am klarsten formulierte die Haltung zur Demokratie Walter Ulbricht im Mai 1945: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben". Vgl. Jörg Hoensch, Sowjetische Osteuropapolitik 1945–1975, Düsseldorf 1987, S. 11.

7 Vgl. Norbert Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der SBZ 1945–1949, Bonn 1966, S. 70.

8 Vgl. Tytus Jaskułowski, Władza i opozycja w NRD 1949–1988, Próba zarysu, Warszawa 2004, S. 36 ff.

Initiative der UdSSR entstanden waren, wie etwa die NDPD, verfügten hingegen über keinerlei Wurzeln in der Gesellschaft. Trotz Verfolgung seitens sowjetischer Machtinhaber waren die nicht-kommunistischen Parteien in der Lage, kleine, aber wichtige Erfolge für sich zu verbuchen. Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD wurde zwar durchgeführt, aber gleichzeitig entstand in den Westzonen ein alternatives Parteiensystem. Auf dem Gebiet der SBZ konnte man 1946 trotz der massiven Beschränkungen relativ freie Kommunalwahlen durchführen, wobei die SED – nicht nur während der durch die Westalliierten kontrollierten Wahlen – auf dem Gebiet Berlins eine bittere Niederlage hinnehmen musste.[9] Dadurch wurde zwar die Demokratie in der SBZ nicht erhalten, aber es gelang, in der Zeit von 1945–1949 und in einer extrem beschränkten Form gewisse politische Freiheiten in der SBZ zu bewahren. Hervorzuheben sind auch die ersten Versuche des Widerstandes, sowohl auf der Ebene der Gesellschaft, etwa an den Universitäten, als auch auf dem Lande infolge der Bodenreform. Sie wurden zwar schnell unterdrückt, zeigten aber, dass demokratische Prinzipien in der Gesellschaft existierten.[10] Der Status des sowjetischen Besatzungsrechts blieb dennoch unangefochten.

In Polen war das Land vollständig besetzt, wobei die Sowjetarmee nicht als Besatzer, aber auch nicht als Befreier empfangen wurde. Es existierten weder westliche Zonen noch Reisefreiheit. Für die Interessen der Westalliierten war Polen nicht so bedeutend wie Deutschland. Es gab also keine Chance für die Entwicklung einer einflussreichen politischen Szene außerhalb des Landes. Die Emigrationsparteien sowie die 1945 bereits anerkannte Exilregierung hatten keinen Einfluss auf die Situation in Polen. Wegen der Kriegsverluste interessierte die Gesellschaft vor allem der Wiederaufbau des Landes. Die Politik hatte einen geringeren Stellenwert als in der SBZ.[11]

Alle Parteien, die bis 1949 gegründet wurden, standen entweder unter dem extrem großen Einfluss der PPR oder wurden in Konkurrenz zu den alten Parteien gegründet, die noch vor dem Krieg in Polen tätig waren (etwa die Bauernpartei). Eine Kontinuität im polnischen Parteiensystem war nicht möglich. Es gab keine externe Gewähr für den Erhalt demokratischer Prinzipien, so wie dies dank der Westalliierten in der SBZ zeitweilig der Fall war. Beispielsweise wurden bereits im März 1945 alle führenden Persönlichkeiten der im Untergrund tätigen Parteien Polens verhaftet. Für die Entwicklung eines ähnlich zeitlich begrenzten pluralistischen Parteiensystems gab es keine Chance, zumal die PPR alle Massenmedien kontrollierte. Alle Wahlen, d. h. die Volksumfrage 1946 und die Parlamentswahlen 1947, wurden gefälscht.[12] Die alleinige Hoffnungsträge-

9 Vgl. John Nettl, The Eastern Zone and Soviet Policy in Germany, London 1951, S. 94.
10 Vgl. Arnd Bauerkämper, „Junkerland in Bauernhand"? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1998, S. 15.
11 Vgl. Edmund Dmitrów, Bilans otwarcia (1944–1948), Warszawa 1992, S. 26.
12 Vgl. Górski Grzegorz, Kształtowanie się nowego ustroju w Polsce w latach 1944–1952. In: Czasy Nowożytne, 6 (1999), S. 17–26.

rin, die Polnische Bauernpartei, war die einzige Kraft, die für Demokratie kämpfen wollte. Allerdings wurde sie konsequenter und stärker verfolgt als die Parteien in der SBZ, so dass ihr Vorsitzender, Stanisław Mikołajczyk, mit Hilfe der amerikanischen Botschaft ins Ausland fliehen musste. Wie hoffnungslos das Bemühen Mikołajczyks um den Erhalt der Demokratie war, zeigte auch die Haltung der zwangsweise mit der PPR vereinigten Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Die Führer der Partei, genauso wie die der SPD, stellten fest, dass die UdSSR versuchte, ein einheitliches kommunistisches System in Polen zu gründen. In Polen blieb jeglicher Widerstand gegen die PPR aus, da man dies für aussichtslos hielt.[13]

Da sich nicht alle Bürger – vor allem jene nicht, die im Untergrund mit den Deutschen gekämpft hatten – damit abfinden wollten, entbrannte in Polen 1945–1948 ein Bürgerkrieg, der die normale Entwicklung des politischen Systems beschränkte und der PPR zusätzliche Argumente für Gewaltanwendung und Demokratiebeschränkung lieferte. Durch eine administrative Verordnung und ohne jegliche Verfolgung galten 500 000 Bürger nicht als wahlberechtigt. Gleichzeitig kamen in den Kämpfen mit sowjetischen Einheiten circa 20 000 Menschen ums Leben. An konspirativer Arbeit waren weitere 60 000 Personen beteiligt. Trotzdem schätzte man, dass nur 13 Prozent der Proteste, etwa Streiks, einen politischen Hintergrund aufwiesen.[14]

III. Stalinismus 1949–1953/56

Die Entstehung sozialistischer Staaten in Polen und in der SBZ bedeutete eine wichtige Zäsur im Prozess der Regimekonsolidierung. Die Gründung der DDR 1949 bestätigte die Spaltung Deutschlands. Damit verschwand der Grund für die Erhaltung quasi-demokratischer Prinzipien. Fortan waren die DDR und Polen durch das „sozialistische Lager" miteinander verbunden. Beide Länder standen vor dem Prozess der Stalinisierung. Im Bezug auf die Regimekonsolidierung sind in diesem Prozess gewisse Ähnlichkeiten zu erkennen. Sowohl in Polen als auch in der DDR wurde eine Rechtsfiktion geschaffen. Die Grundgesetze beider Länder garantierten fast alle demokratischen Rechte, Machtverteilung, Pluralismus und Freiheiten. Gleichzeitig wurde die Ausübung dieser Rechte, insbesondere auf der Basis des politischen Pluralismus, strafrechtlich verfolgt.[15] Die Parteiensysteme waren strikt vereinheitlicht; die Staatsparteien – die SED in Ostdeutschland und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) –

13 Vgl. Zenon Fijałkowski, Walka o władzę w latach 1944–1947, Warszawa 1991, S. 36.
14 Vgl. Andrzej Friszke, Polska. Losy Państwa i Narodu 1939–1989, Warszawa 2004, S. 171.
15 Vgl. Kładoczny Piotr, Prawo jako narzędzie represji w Polsce Ludowej (1944–1956) – prawna analiza kategorii przestępstw przeciwko państwu, Warszawa 2004, S. 125.

schlossen ganz offiziell jede Form des Widerstandes aus. Versuche oppositioneller Tätigkeiten in den polnischen intellektuellen Kreisen bedeuteten entweder Verfolgung, wie im Fall von Jerzy Zawieyski, oder Emigration. Die noch verbliebenen Parteien und Organisationen wurden dazu gezwungen, die führende Rolle der kommunistischen Partei anzuerkennen. Außerdem waren sie im Rahmen einer gemeinsamen Vertretung (etwa die Nationale Front in der DDR) zwangsrepräsentiert.[16] Gleichzeitig wurden Schauprozesse gegen Mitglieder der Staatspartei vorbereitet, zum Beispiel gegen Werner Bruschke oder die führenden Mitglieder der verbliebenen Parteien, wie gegen die Führung der PPS-Flügel in Polen, um die Einheit und Geschlossenheit der politischen Szene zu gewährleisten. Dazu diente auch der Personenkult um Stalin und die Lobpreisung der Vorteile der „sozialistischen" gegenüber denen der bürgerlichen Demokratie.[17]

Die Vereinheitlichung des politischen Systems war im Grunde keine direkte Ursache für die Entstehung des Widerstandes. Parteisäuberungen waren für die Masse der Menschen nicht fühlbar, zumal es in der DDR noch eine ständige Ausreisemöglichkeit gab. Wichtiger waren der Terror, die wirtschaftliche Situation sowie das Verhalten der Staatspartei im Bereich der Ideologie. Der Terror betraf in beiden Ländern immer mehr Menschen, die gar nichts mit der Politik zu schaffen hatten. In Polen wurden in der ersten Hälfte der 50er Jahre fast 40 000 Personen aufgrund von Gerüchten verurteilt. Beschränkungen der individuellen Freiheit betrafen auch die Religionspolitik. Die Verfolgung der wichtigsten Priester, die sich für mehr Freiheiten einsetzten, etwa Kardinal Wyszyński in Polen oder die Unterdrückung der kirchlichen Bewegungen, wie der Jungen Gemeinde[18] in der DDR, führten dazu, dass statt der gewünschten Unterstützung die Unzufriedenheit mit der Politik der Staatsparteien wuchs. Es ist allerdings hervorzuheben, dass in der Zeit des Stalinismus nur in Polen die Kirche de facto die Rolle der Opposition übernommen hatte. Als Beweis dafür galt der Staat-Kirche-Vertrag vom 14. April 1950, der die Kirche als Subjekt anerkannte. Der Staat musste anerkennen, dass es im Land eine Kraft gab, die nicht der Kontrolle der Partei unterlag. Spätere Verletzungen des Vertrages änderten diese Situation nicht grundlegend.[19]

Die Senkung der Lebensniveaus sowie der Tod Stalins 1953 führten zum offenen Widerstand. Die dadurch entstehenden Aufstände, der Berliner Aufstand 1953 und der Posener Aufstand 1956, hatten in erster Linie ökonomische Gründe, d. h. die Empörung der Arbeiter über eine Erhöhung der Arbeitsnormen (DDR) oder über die Nichtberücksichtigung der vereinbarten Einkom-

16 Vgl. Hermann Weber, Von der SBZ zur DDR 1945–1968, Hannover 1968, S. 54.
17 Vgl. Krystyna Kersten, Między wyzwoleniem a zniewoleniem. Polska 1944–1956, Londyn 1993, S. 17; Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR, München 1995, S. 13.
18 Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1999, S. 66; Andrzej Paczkowski, „Izolacja" Prymasa Wyszyńskiego. In: Zeszyty Historyczne, 97 (1991), S. 205–219.
19 Vgl. Andrzej Palczak, Walka komunistów o prymat polityczny w Polsce w latach 1945–1950: od „demokracji" do stalinizacji, Gliwice 1992, S. 11 ff.

mensbeschlüsse (Polen). Seit 1953 unterschied sich die Entwicklung beider Länder in Bezug auf die Regimekonsolidierung. Der Tod Stalins verursachte in Polen eine gewisse Liberalisierung, die sich beispielsweise in der Meinungsfreiheit bemerkbar machte. Obwohl in Polen schon die erste Amnestie griff, verfolgte man weiterhin die Mitglieder der Satellitenparteien der DDR, wie zum Beispiel Georg Dertinger. Der Berliner Aufstand hatte größere Ausmaße als der Posener. Er zog auch eine umfassendere Terrorwelle nach sich. Hingegen waren die Prozesse nach dem Posener Aufstand sogar für die Öffentlichkeit zugänglich. Die Angeklagten konnten mit anwaltlicher Hilfe rechnen, und die Urteile fielen nicht länger als 2–3 Jahre Haft aus. In der DDR wäre das unvorstellbar gewesen. Nach dem Aufstand von 1956 und der Machtübernahme durch den neuen Parteiführer Władysław Gomułka gab es in Polen verschiedene Formen der Lockerung.[20] Es bildeten sich beispielsweise Arbeiterräte in den Betrieben, die komplett demokratisch gewählt wurden und in denen ca. 80 000 Mitglieder saßen. Solche Experimente gab es in der DDR nicht, zumal der SED-Chef Walter Ulbricht dies als Gefahr für die eigene Position ansah und weitere Säuberungen einleitete, u. a. gegen Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser. Die Verhältnisse hatten sich im Vergleich zu 1945–1953 umgekehrt. Jetzt nutzte Polen die früheren Erfahrungen der SBZ und versuchte Elemente der Demokratie zu installieren. Eine Änderung des Verhältnisses zur Sowjetunion oder die Entstehung eines Mehrparteiensystems kamen aber nicht in Frage. Man wollte lediglich den Abhängigkeitsgrad gegenüber Moskau verringern und die Herrschaftsmechanismen lockern. So vergrößerte sich beispielsweise die Pressefreiheit durch die damals wichtigste politische Wochenzeitung „Po prostu".[21] Außerdem mussten während der Wahlen vom Januar 1957 mehr Bewerber als verfügbare Mandate aufgestellt werden. Die Satellitenparteien konnten größeren Einfluss im Parlament durchsetzen, wo u. a. 15 Prozent der Abgeordneten als parteilos galten. Trotzdem gab es, wie in der DDR, nur eine Liste, und die Wahlkommissionen wurden damit beauftragt, die unerwünschten Bewerber nicht zuzulassen. Dadurch wurde das Freiheitsbedürfnis der Menschen geweckt. Das Tauwetter in Polen währte zwar nicht lange, da schon Ende 1957 sowohl die Arbeiterräte als auch die Wochenzeitschrift „Po Prostu" verboten wurden. Doch wurden in Polen wie früher in der SBZ die Bedingungen für die Weiterentwicklung der Opposition geschaffen, die sich tief in der Gesellschaft verwurzelten.

Die Situation in der DDR gestaltete sich anders. Die Wahlen 1954 waren wie die in Polen 1947 gefälscht. Von Pressefreiheit konnte nicht die Rede sein. Die einzige Änderung stellte die Verbesserung der Versorgung dar, die u. a. aus Angst vor neuen Massenprotesten erfolgte. Die blutige Niederschlagung des Berliner Aufstandes trug zum Ausbau der Geheimpolizei bei, was in Polen nicht der

20 Vgl. Edmund Makowski, Poznański Czerwiec 1956: pierwszy bunt społeczeństwa w PRL, Poznan 2006, S. 73.

21 Vgl. Bartosz Korkozwicz, Likwidacja „Po prostu". In: Mówią Wieki, 12 (1993), S. 46–50.

Fall war. In der DDR verflogen jegliche politische Illusionen. Im Gegensatz dazu wurden in Polen solche Illusionen wiedererweckt, zumal in der PVAP verschiedene Gruppen agierten und eine von ihnen eine kontrollierte Liberalisierung anstrebte.

IV. Kleine Stabilisierung 1953/56–1971

Obwohl der Begriff der „kleinen Stabilisierung" sehr stark mit der politischen und wirtschaftlichen Geschichte Polens in der Periode 1956–1970 verbunden ist, kann er auch zur Beschreibung der Situation in der DDR im gleichen Zeitraum verwendet werden. Die wichtigsten für die spätere Regimekonsolidierung verantwortlichen Umstände sind in beiden Ländern zwar unterschiedlich; dennoch blieben sie konstant.

Die wichtigste Differenz war die Frage einer möglichen Liberalisierung, die nach der Machtübernahme von Nikita Chruschtschow in der UdSSR sowie nach dem Beginn seiner Entstalinisierungspolitik – von 1956 bis zur ersten Hälfte der 60er Jahre – zu erwarten war. In dieser Zeit entwickelte sich die Situation in Polen vergleichsweise besser. Der Terror galt seit 1956 nicht mehr als Grundelement der Machtausübung. Gewalt wurde nur im Ausnahmefall angewandt, wie beispielsweise bei den Dezemberereignissen 1970 in Danzig oder Gdingen. Parteiführer Gomułka hatte keinerlei Bedenken, die Benutzung von Schusswaffen gegen protestierende Arbeiter zu genehmigen. Doch stellte diese Situation, obwohl sie 1970 einen Machtwechsel in Polen verursachte, eine Ausnahme dar. Genauso wichtig war die Konsolidierung der realen politischen Szene. Beide Chefs der kommunistischen Partei, zuerst B. Bierut und dann W. Gomułka fanden sich damit ab, dass die Kirche ein unabhängiger politischer Partner der Staatspartei im Lande wurde. Zwar versuchte man wiederum – zum Beispiel anlässlich des 1 000. Jahrestages der Gründung Polens 1966 – den Einfluss der Kirche zu verringern. Entsprechende Aktionen scheiterten jedoch, da die Bevölkerung teils gewaltsamen Widerstand gegen die Versuche leistete, die Kirchen zu schließen.[22] Dank eines gewissen politischen Propagandaliberalismus bekam die Kirche zudem kleine, aber doch wirksame Instrumente, um den eigenen Standpunkt, u. a. zum Thema Demokratie, zu äußern. Besonders hervorzuheben ist hier die Rolle der im Bistum Krakau erscheinenden Wochenzeitung „Tygodnik Powschechny" sowie die Arbeit der kleinen Gruppe „ZNAK" – der so genannten „profanen" Katholiken, die als Parteilose im Parlament saßen. Zuvor war die Bedeutung dieser Gruppe für die Funktionsfähigkeit des nicht souveränen Polens marginal. Doch waren die Printmedien und die symbolischen Aktionen der ZNAK-Abgeordneten, etwa die Petition, die die am März 1968 verfolg-

22 Vgl. Antoni Dudek, Tomasz Marszałkowski, Walka z Kościołem 1958–1966. In: Więź, 4 (1991), S. 115–143.

ten Studenten verteidigte, für die Pflege der demokratischen Werte, obwohl durch die Zensur beschränkt, von enorm großer Bedeutung.[23]

Diese Bedingungen wurden durch sozial-ökonomische Faktoren verstärkt. Infolge der frühzeitigen Beendigung der Kollektivierung befanden sich nur 13 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Besitz des Staates. Da es keinen Terror mehr gab, wurden die Bürger zur Zivilcourage ermuntert. Die Wahlen von 1961 boykottierten eine Million Menschen, die Wahlen von 1965 fast 700 000 von insgesamt 18 Millionen Wahlberechtigten. Dank der Verbesserung der Informationsfreiheit entwickelten sich an den Universitäten gegenüber dem herrschenden Marxismus kritische Theorien, wie etwa das Beispiel Leszek Kołakowskis zeigt. Es gab auch mehr Freiraum für Künstler. Als Quintessenz der politischen Änderungen galt die Gründung einer illegalen Kommunistischen Partei Polens durch die Vertreter der orthodox-kommunistischen Linie in der PVAP. Diese neue Partei wollte ihre eigene Version des Sozialismus in Polen verwirklichen. Der Plan blieb freilich auf dem Papier.[24]

So günstig die Situation in Polen für die spätere Entstehung der oppositionellen Bestrebungen war, so zurückhaltend und konservativ war die damalige Haltung der SED in der ersten Hälfte der 60er Jahre. In der Partei existierten keine oder kaum kritische Fraktionen mehr. Jeder potentielle Gegner, etwa die Gruppe um Karl Schirdewann und Wolfgang Breder, wurde aus der SED entfernt. Genauso verhielt es sich mit denen, die das System zwar nicht prinzipiell in Frage stellten, aber aufgrund ihrer wirtschaftlichen Konzepte und Positionen in der Staatspartei (z. B. U. Apel) eine potentielle Gefahr für die Position Ulbrichts darstellten.[25]

Die Entstalinisierung war im Grunde eine Fiktion, die sich nur auf einige kosmetische Änderungen beschränkte, etwa auf den bekannten Spruch Ulbrichts, dass Stalin kein Klassiker des Marxismus darstelle. Die Gewalt fungierte stets als ein wichtiges Machtinstrument, das nicht gelegentlich, sondern alltäglich Anwendung fand, vor allem bei der Durchsetzung des Kollektivierungsprozesses. Es wurden dementsprechend immer mehr restriktive Gesetze im Bereich des Strafrechts entwickelt. Die strenge Zensur unterdrückte jede politische Selbständigkeit in Literatur und Kunst. Auf der politischen Ebene setzte sich der Prozess der totalen Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens und der Oppositionsverfolgung fort. Die Wahlbeteiligung im Jahre 1958 lag offiziell bei über 98 Prozent, die Unterstützung für die einzige Liste über 99 Prozent. Erich Honecker ließ 1957 im Neuen Deutschland keinen Zweifel über die Zukunft einer potentiellen Opposition; er schrieb, dass deren Anerkennung verbrecherisch wäre.[26]

---

23 Vgl. Rokicki Konrad/Stępień Sławomir (red.), Oblicza Marca 1968, Warszawa 2004, S. 32.

24 Vgl. Friszke, Polska. Losy Państwa i Narodu 1939–1989, S. 251.

25 Vgl. Klaus Schröder, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München 1998, S. 180.

26 Vgl. Hermann Weber, Grundriss der DDR-Geschichte 1945–1976, Hannover 1990, S. 84.

Das wichtigste Instrument der Kontrolle war aber der Bau der Berliner Mauer 1961. Erst 12 Jahre nach der DDR-Gründung war die Grenze mit Westdeutschland endgültig gesperrt. Das bedeutete nicht, dass die Fluchtversuche plötzlich aufhörten. Viele SED-Funktionäre hofften jedoch, dass in der DDR nur diejenigen blieben, die sich mit der SED-Politik einverstanden zeigten.

Sichtbare Unterschiede in der Innenpolitik beider Länder verdeutlichte die Entwicklung bestimmter Widerstandsformen gegen die jeweiligen Staatsparteien. Die Liberalisierung in der polnischen Politik verstärkte die Versuche innerhalb der Gesellschaft, die bestehenden Freiräume zumindest zu erhalten. Deshalb wurde zum Beispiel der so genannte „Brief der 34" vom März 1964 verfasst, in dem bekannte Intellektuelle und Wissenschaftler u. a. gegen die Vergrößerung der Zensurinterventionen protestierten.[27] Da aber die vorhandene Freiheit nur als Experiment und nicht als feste Lösung vorgesehen war, blieb die Verfolgung der Autoren die einzige Antwort der Partei, zumal Gomułka jegliche Geständnisse als Schwächung der Position Polens im sozialistischen Lager verstand. Repressionen konnten den Widerstand der Intellektuellen, vor allem aber die Proteste an den Universitäten nicht stoppen. Diese hatten seit 1956 wiederum eine gewisse Autonomie erlangt. Die neue Generation von Studenten kannte die Zeit des stalinistischen Terrors nicht und wollte eine radikale Erneuerung. Immer mehr mutige Aktionen dieser Generation, etwa der „Komandosi"-Bewegung, deren Vertreter während offizieller Veranstaltungen unerwünschte Fragen über fehlende Demokratie stellten, provozierten die Machtinhaber. Die brutale Niederschlagung der studentischen Proteste im März 1968 und des Arbeiteraufstandes im Dezember 1970 bewiesen, dass auf eine wirkliche Demokratisierung nicht zu hoffen war.[28] Dennoch wollten kritische Zirkel in der Gesellschaft den Verlust demokratischer Prinzipien nicht hinnehmen. Dies zeigten die ersten illegalen Untergrundorganisationen, die in der zweiten Hälfte der 60er gegründet wurden, so etwa die „Ruch"-Bewegung (1971 beseitigt).

Die Lage in der DDR sah anders aus. Im Vergleich zu Polen war die Zahl der gesellschaftlichen Proteste klein und durch den Staatsapparat konsequent mit Gewalt und der Hilfe sowjetischer Streitkräfte beseitigt worden. Jugendliche bildeten die Mehrheit der organisierten Protestteilnehmer, wie z. B. im Eisenberger Kreis. Ihre Forderungen betrafen vor allem den Bereich der Jugendkultur, was der Leipziger Beat-Aufstand vom Oktober 1965 zeigte.[29] Da die wirtschaftliche Lage und Lebensmittelversorgung in der DDR im Allgemeinen besser als in Polen waren, war ein ökonomisch motivierter Massenprotest wie 1970 in Polen in der DDR unwahrscheinlich. Daher äußerte sich die Dissidenz in der DDR wie folgt: In den meisten Fällen wurden die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten genutzt. So teilte Prof. Fritz Behrens seine Wirtschaftskonzepte dem ZK der

27 Vgl. Jerzy Eisler, List 34, Warszawa 1993, S. 23.
28 Vgl. ders., The March 1968 in Poland. In: Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.), 1968. The World Transformed, Cambridge 1998, S. 237–251, hier 237.
29 Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission: „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band 7, Teil 1, S. 85.

SED über den Dienstweg mit. Wolfgang Harich oder Robert Havemann hielten Vorträge an Universitäten. Wolf Biermann oder Stefan Heym kritisierten die SED in ihren Werken, in Büchern oder Liedern.[30] Ähnlich wie in Polen engagierte sich die junge Generation in den nicht vom Staat kontrollierten Organisationen, wie z. B. in der Jungen Gemeinde. Das wichtigste aber war: In der Regel wurden die Prinzipien des Sozialismus nicht in Frage gestellt.

V. Die 70er Jahre

Die vorletzte Dekade des sozialistischen Polens und der DDR war gekennzeichnet durch einen langsamen, aber ständigen Zuwachs an oppositionellen Bestrebungen. Zwar war die Situation in Bezug auf die Stärke und Bedeutung der Opposition in Polen theoretisch vergleichsweise besser als in Ostdeutschland; trotzdem traten schon in den 70er Jahren in den oppositionellen DDR-Gruppierungen gewisse Elemente zutage, die es zeitgleich in Polen nicht gab.

Wie in den vergangenen Perioden wiesen Polen und die DDR viele Ähnlichkeiten mit Blick auf die Opposition auf. Die wirtschaftliche Situation beider Staaten hatte sich sichtbar verschlechtert. Aufgrund der allgemeinen Tendenzen in der Weltpolitik, die mit einer Entspannungsphase in der Blockkonfrontation verbunden war, versuchten beide Staaten ihre Innenpolitik als Instrument zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu verwenden. Entweder gerierte man sich als vergleichsweise liberales Land, um entsprechende Kredite aus dem westlichen Ausland zu bekommen, wie in Polen, oder man nutzte verhaftete politische Gegner als Tauschmittel gegen Äquivalente (Bargeld oder Erdöl), wie das in den innerdeutschen Beziehungen der Fall war.[31] Die oben erwähnten Handlungen Polens und der DDR bedeuteten jedoch keine wirkliche Liberalisierung. Beide Staatsparteien verfolgten jede Form der Opposition. Die Geheimpolizei sowie der Repressionsapparat waren größer und besser entwickelt als früher, vor allem in der DDR. Trotzdem nahmen die oppositionellen Aktivitäten insbesondere in Polen zu, da staatliche Gegenmaßnahmen keinen Erfolg mehr brachten. Strafrechtliche Bestimmungen trugen vielmehr zur Erhöhung der Emigration (DDR) oder des aktiven Widerstandes (Polen) bei. Die Wirtschaftshilfe konnte den Kollaps der Wirtschaften nur kurzfristig stoppen, den negativen Trend ihrer Entwicklung jedoch nicht mehr umkehren. Außerdem verursachten die Notmaßnahmen in der Wirtschaft, etwa Preiserhöhungen oder mangelnde Versorgung in Polen, neue Wellen gesellschaftlicher Unzufriedenheit bzw. neue Dimensionen des oppositionellen Handelns, wie die Umweltbewegung in der DDR. Das Wichtigste aber war, dass keiner der neuen Parteiführer, d. h. Edward

30 Vgl. Jaskułowski, Władza i opozycja w NRD, S. 81.
31 Vgl. Andreas Volze, Geld und Politik in den innerdeutschen Beziehungen 1970–1989. In: Deutschland-Archiv, 3 (1990), S. 387.

Gierek in Polen und Erich Honecker in der DDR, eine grundlegende Änderung der antidemokratischen Politik anstrebte. Sowohl die Beschlüsse der ZK-Tagung der PVAP vom Februar 1971, auf der die Idee der bürgerlichen Demokratie abgelehnt wurde, als auch die Verfassungsänderungen in der DDR 1974 und in Polen 1976, die neben der ewigen Freundschaft mit der UdSSR auch den Passus über die führende Rolle der kommunistischen Partei bekräftigten, waren ein Beweis dafür. Die Rede Honeckers vom Januar 1977, in der er für so genannte bürgerliche Rechte keinen Platz in Ostdeutschland sah,[32] war eine logische Konsequenz dieser Politik.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre waren solche Sätze von den polnischen PVAP-Aktivisten mehrheitlich nicht zu hören. Die blutige Niederschlagung des Danziger Aufstandes 1970 erforderte eine gewisse Ruhe in der Innenpolitik, zu der nicht nur eine Verbesserung des Lebensstandards beitragen sollte. Da direkt nach dem Aufstand keine Änderungen in der Haltung der Partei zu beobachten waren und sogar die Arbeitsnormen erhöht wurden, brachen in der Folge neue Streiks aus, die zu außergewöhnlichen Reaktionen der Parteispitze führten und als Machtniederlage bewertet werden mussten. E. Gierek kam selbst zur Streikhochburg Danzig im Januar 1971 und musste über neun Stunden in einer nicht arrangierten Diskussion auf die Vorwürfe der Arbeiter antworten.[33] Eine solche Situation war in der DDR undenkbar. Selbstverständlich wurden fast alle an Gierek gerichteten Postulate nicht berücksichtigt. Die Parteispitze musste aber einsehen, dass sie im Falle eines Arbeiterprotestes hilflos war. Schon 1976, während der Parlamentsabstimmung über die Grundgesetzänderung, die die Freundschaft mit der UdSSR hervorhob, wagten es einige Abgeordnete, sich ihrer Stimme zu enthalten. Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre schlug sich der Wahlboykott stets in den offiziellen Statistiken nieder. In dem Gebiet um Danzig war die Wahlbeteiligung nie höher als 85 Prozent. Trotz der administrativen Beschränkungen vergrößerte sich die Rolle und Bedeutung der katholischen Kirche, vor allem im Bereich des Kirchenneubaus. Die Kirche übernahm immer mehr soziale Aufgaben des Staates, beispielsweise in der Jugendbetreuung. Die Wahl Kardinal Wojtyłas zum Papst im Jahre 1978 sowie sein Polenbesuch 1979[34] bestätigten die Schwäche der Partei, die keine Rezepte gegen die wachsende Unzufriedenheit in der Gesellschaft parat hielt. Zwar war die wirtschaftliche Lage in der ersten Hälfte der 70er Jahre infolge ausländischer Kredite besser als früher, Fehler in der Wirtschaftspolitik und die daraus entstehenden Folgen, etwa Preiserhöhungen, wurden aber schon in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sichtbar.

Die Arbeiterstreiks in Radom und Ursus im Juni 1976, verursacht durch eine Erhöhung der Fleischpreise, wurden zum Auslöser für die Entstehung einer immer breiter werdenden Oppositionsbewegung. Die Partei erlitt eine bittere

32 Vgl. Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR, S. 162.
33 Vgl. Jerzy Eisler, Grudzień 1970: geneza, przebieg, konsekwencje, Warszawa 2000, S. 212.
34 Vgl. Andrzej Friszke, Polska Gierka. In: Mówią Wieki, 2 (1995), S. 23–28.

Niederlage, da die Preiserhöhung bereits nach einem Tag wieder rückgängig gemacht werden musste. Repressionen gegenüber den Protestteilnehmern lösten eine Hilfswelle aus und führten zur Gründung des Komitees der Arbeiterverteidigung (KOR).[35] Dieses unterstützte die Familien der Verhafteten nicht nur finanziell, sondern vermittelte auch Kenntnisse über Rechtsstaatlichkeit. Es entwickelte sich ein Untergrundverlagswesen mit Büchern, etwa „Arbeiter", die z. T. eine Auflage von 20 000 Exemplaren erreichten. Gründzüge der politischen Bildung verbreitete die so genannte „Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse" (Society for Educational Courses) oder die Seminare „Erfahrung und Zukunft". In Danzig und Stettin kam es auch zu ersten Versuchen der Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Verfolgungen von Dissidenten fielen aufgrund möglicher internationaler Folgen gemäßigt aus. Fälle, wie die Ermordung des studentischen Aktivisten Stanisław Pyjas im Jahr 1977 oder zwei Todesopfer bei der Niederschlagung des Streiks in Radom ein Jahr zuvor[36] waren Ausnahmen.

In derselben Zeitperiode fielen die oppositionellen Bestrebungen in der DDR im Vergleich zu Polen bescheiden aus. Nichtsdestotrotz verbesserten sich die Voraussetzungen für die spätere Demokratieetablierung graduell. Der SED-Staat erstarrte, was seine Überlebenschancen im potentiellen Konflikt mit oppositionellen gesellschaftlichen Gruppen verringerte. Die Verfolgung parteifeindlicher Akteure, etwa Wolf Biermanns oder Reiner Kunzes, blieb unnachgiebig. Jeder Versuch, kritische Gedanken innerhalb oder außerhalb der SED zu verbreiten, etwa das Buch von Rudolf Bahro „Die Alternative", war strengstens untersagt.[37] Während sich in Polen die Pass- und Ausreisepolitik liberalisierte, blieb die Haltung der SED unverändert, was die Reihen der Unzufriedenen stärkte. Die Wahlpolitik blieb ebenso hart. So lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung immer bei 97 Prozent. Trotzdem gab es, im Unterschied zu Polen, keine Aufforderungen zum Wahlboykott. Die im Vergleich mit Polen gute wirtschaftliche Situation der DDR führte dazu, dass mehr Freiraum existierte, sich auf die demokratischen Werte zu konzentrieren. Als Beispiel dafür galten vor allem die Friedensbewegung oder die Proteste gegen den Wehrunterricht. Der polnische Staat, obwohl autoritär, wurde überwiegend als Fremdkörper empfunden, und nicht als gemeinsame Sache des Volkes. Dies sollte die spätere demokratische Konsolidierung erschweren.

Die Tätigkeitsbereiche der polnischen Opposition unterschieden sich von denen der ostdeutschen. Während sich die Dissidenten in Polen prinzipiell an alle Schichten der Bevölkerung wandten, wurden von den DDR-Dissidenten nur jene Bereiche thematisiert, in denen das „Angebot" des Staates versagte oder

35 Vgl. Tenley Adams, Charter 77 and the Workers Defense Committee. The Struggle of Human Rights in Czechoslovakia and Poland. In: East European Quarterly, 26 (1992), S. 219–238.

36 Vgl. Paweł Sasanka, Czerwiec 1976. Geneza, przebieg, konsekwencje, Warszawa 2006, S. 315.

37 Vgl. Ulrike Poppe, Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1998, S. 135.

überhaupt nicht vorhanden war, wie bei der Offenen Arbeit.[38] Die Berücksichtigung tabuisierter, aber gesellschaftlich wichtiger Problembereiche weckte auch das Interesse derjenigen Menschen, die nichts mit der Politik zu tun hatten oder haben wollten – man denke nur an das ökologische Forschungszentrum in Wittenberg. Trotz des unterentwickelten unabhängigen Pressewesens konnten fast alle DDR-Bürger das Fernsehprogramm der Bundesrepublik empfangen – ein Umstand, der die strenge Zensur unterlief.

Um eine mögliche Verfolgung zu vermeiden, wurden insbesondere die legalen Einflussmöglichkeiten genutzt. Als Beispiel besonders hervorzuheben ist das Symbol der Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen", das die am Sitz der Vereinten Nationen stehende sowjetische Skulptur abbildete[39] und in einer Auflage von 200 000 Stück verbreitet worden war. Sowohl die Idee der Jugendveranstaltungen „Bluesmesse", die Pastor Rainer Eppelmann veranstaltete, als auch die Proteste gegen Ausreiseverbote bezogen sich auf die KSZE-Vereinbarungen in Helsinki. Eine besondere Rolle spielten dabei die Kirchen. Im Gegensatz zu Polen waren sie keine Partei im ideologischen Streit. Sie verstanden sich nur als Vermittler des freien Raumes, wo sich völlig unterschiedliche Richtungen friedlich auseinandersetzen konnten. Sie wollten auch keine Zwangsverbindung der verschiedenen Gruppierungen sein, zumal die meisten Oppositionellen den Sozialismus im Prinzip befürworteten. Die Entwicklung der Opposition im Rahmen der Kirche war demnach nicht von oben gesteuert. Durch die relative Selbständigkeit protestantischer Gemeinden wurden die Keimzellen des zukünftigen Pluralismus geschaffen, in denen nicht alle gegen den Kommunismus auftraten, sich aber trotzdem in den meisten Fällen verständigen konnten. Die engen Verbindungen interessierter Menschen wurden umso wichtiger, je mehr bestimmte Diakone und Pfarrer gegen die Reglementierungen ihrer Vorgesetzten kämpfen mussten. Der Selbstverbrennungsfall Oskar Brüsewitz aus dem Jahr 1976 und die entsprechenden Reaktionen der Bischofs-Konferenz führten zwar zu Konflikten innerhalb der Kirche,[40] trugen aber auch zur Unabhängigkeit der Gemeinden gegenüber den höchsten Gremien der Kirche bei.

VI. Die 80er Jahre

Die Ereignisse in den letzten Jahren des Realsozialismus in der DDR und Polen sowie der Verlauf der friedlichen Wende in beiden Ländern waren ausschlaggebend für die spätere demokratische Konsolidierung, wobei die ostdeutsche Opposition vergleichsweise besser darauf vorbereitet war.

38 Joachim Windmüller, Ohne Zwang kann der Humanismus nicht existieren – „Asoziale" in der DDR, Frankfurt a. M. 2006.

39 Klaus Ehring, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1986, S. 218.

40 Harald Schultze, Das Signal von Zeitz. Eine Dokumentation, Leipzig 1993, S. 169.

Anfang der 80er Jahre herrschte in Polen die allgemeine Überzeugung, die Staatspartei werde immer schwächer und sei nicht mehr in der Lage, bei gezielten Protesten eine wirksame Abwehrreaktion zu leisten. Die schnelle Erfüllung ökonomischer Forderungen ermutigte die Arbeiter, vor allem nach der Etablierung unabhängiger Gewerkschaften, politische Forderungen zu stellen. Dank der beispiellosen Disziplin und Entschlossenheit mussten die Vertreter der PVAP in der Öffentlichkeit mit den Führern der illegalen Streiks verhandeln und schließlich deren Forderungen akzeptieren.[41] Die dadurch entstandenen „Solidarność"-Gewerkschaften gewannen binnen kurzer Zeit neun Millionen Mitglieder, dreimal mehr als die Staatspartei. In den wichtigsten Industriebetrieben Polens gehörten der „Solidarność" sogar 70 Prozent der Parteimitglieder an. Das war in der Tat ein historischer Erfolg der Arbeiter und ihres Anführers Lech Wałęsa.

Die Proteste, insbesondere die Streiks seit Juli 1980, symbolisierten aber auch das Ende der Nutzung von Rechtsinstrumenten im Kampf um Demokratie. Die „Solidarność" beabsichtigte jedoch nicht, die geltenden Gesetze permanent zu verletzen. Einige Lebensbereiche sollten nach den Forderungen der Streikenden sogar durch Gesetze geregelt werden, wie etwa die Zensur.[42] Allerdings nutzten beide Seiten in dem gesellschaftlichen Konflikt das Recht nicht als Gewähr der Rechtsstaatlichkeit, sondern zur Vernichtung des politischen Gegners. Die „Solidarność" kämpfte gegen das Justizsystem, da sie 1980 nicht die gewünschte Zulassung bekommen hatte. Die damalige Justiz war ein Bestandteil des repressiven Staates. Das hatte jedoch nichts mit der Struktur der neuen Gewerkschaften zu tun. Die Spitzenfunktionäre der „Solidarność", insbesondere Wałęsa, ignorierten zunehmend die Beschlüsse der Führungsgremien, was zu einer Quasi-Diktatur innerhalb der Gewerkschaft führte. Beim ersten „Solidarność"-Kongress (von September bis Oktober 1981), der eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens anstrebte, durften nur jene für das Gewerkschaftspräsidium kandidieren, die die Genehmigung Wałęsas erhalten hatten.[43] Ein derartiges Verhalten war in Polen üblich, aber nur in der PVAP, die von Demokratie nichts wissen wollte. Die Haltung von Wałęsa beim ersten „Solidarność"-Kongress beschädigte das Image der nach Demokratie strebenden Gewerkschaften stark.

Im Rahmen der August-Vereinbarungen von 1980 musste „Solidarność" auf den Status einer Partei verzichten. Jene kleinen Gruppierungen, wie die „Konföderation des Unabhängigen Polens" (KPN), die unabhängig von „Solidarność" in Polen entstanden war, wurden als extremistisch bezeichnet und hatten keine Überlebenschancen. Die unter dem Dach der „Solidarność" versammelten politischen Strömungen hatten demgegenüber gewisse Vorteile: Die starke, nichtde-

41 Thimoty Garton Ash, The Polish Revolution: Solidarity, London 1998, S. 115

42 Beata Chmiel/Elżbieta Kaczyńska, Postulaty 1970–71 i 1980: materiały źródłowe do dziejów wystąpień pracowniczych w latach 1970–1971 i 1980, Warszawa 1998, S. 163.

43 Friszke, Polska. Losy Państwa i Narodu 1939–1989, S. 394.

mokratische Führung mit dem gemeinsamen Ziel, gegen den Kommunismus zu kämpfen, behauptete sich im Ringen mit der PVAP gut. Allerdings ging dadurch der innere Pluralismus verloren. Die starke Führung trug zudem zur Vergrößerung des Radikalismus bei, schwächte die ohnehin unterentwickelte politische Kultur und rief neue Konflikte hervor. So trennten sich die damaligen Streikführer Andrzej Gwiazda und Anna Walentynowicz von der „Solidarność". Die wichtigsten territorialen Einheiten der Gewerkschaft, die Regionen, führten immer öfter eine separate, den Absichten Wałęsas widersprechende Politik. Zudem fanden die neuen, nicht aus dem KOR stammenden Berater Wałęsas unter den Aktivisten des KOR keine Akzeptanz.[44] Das waren keine guten Voraussetzungen für die Entstehung des späteren Parteiensystems. Die anderen „Solidarność"-nahen Organisationen, etwa der Unabhängige Studentenverein, radikalisierten ihre Forderungen. Der Begriff der politischen Organisation hatte eher pejorativen Charakter und die mit „Solidarność" verbundenen Hoffnungen wichen Enttäuschung und Resignation. Versuche, die Eskalation eines gesellschaftlichen Konflikts zu verhindern, die womöglich eine militärische Intervention der UdSSR hervorrufen konnte, wie etwa die von der „Solidarność"-Spitze und nicht von den Führungsgremien bestimmte Abschaffung des Generalstreiks vom März 1981, bestärkten das Misstrauen innerhalb der Gewerkschaften.[45]

Die Schwäche der Staatspartei hatte zur Entstehung der „Solidarność" beigetragen, sollte aber nicht überschätzt werden. Der neu gewählte Parteichef, General Jaruzelski, hatte nicht die Absicht, die „Solidarność" zu stärken. Schon ab Oktober 1980 begann er mit den Vorbereitungen zur Ausrufung des Kriegsrechtes. Die Liquidation der innerparteilichen Opposition bestätigte die Entschlossenheit, den Parteiwillen durchzusetzen, dessen Höhepunkt die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 bedeutete. Jaruzelski konnte im Gegensatz sowohl zur PVAP als auch zur „Solidarność" in der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen als Person gewinnen. 56 Prozent der Befragten akzeptierten die Notwendigkeit des Kriegsrechts. Sogar die im Untergrund publizierenden Journalisten mussten erkennen, dass die demokratische Bewegung fast von der Hälfte der Gesellschaft als Destabilisierungsfaktor bewertet wurde.[46] Der Sicherheitsdienst tat zudem alles, um die in der „Solidarność" bestehenden Ansätze für Spaltungen und Radikalismus zu vergrößern.

Trotz aller Spaltungen und Differenzen hatte sich bis Ende 1981 in der polnischen Gesellschaft ein erhebliches Potential gebildet, das die demokratische Veränderung des Landes anstrebte. Das Kriegsrecht zerstörte diese Ansätze, indem alle aus den Jahren 1956 und 1970 bekannten Repressionsmittel angewandt wurden. Die Streiks wurden blutig niedergeschlagen. Es gab zahlreiche Tote, wie im „Wujek" Bergbau im Dezember 1981. Alle Freiheiten wurden aufgeho-

44 Die wichtigsten Spannungen betrafen die Führer der Solidarność Region „Masovia" und die ehemaligen KOR-Aktivisten. Die letzten gründeten 1980 so genannte Clubs des Unabhängigkeitsdienstes (Kluby Służby Niepodległości).

45 Antoni Dudek, Stan wojenny w Polsce, Warszawa 2003, S. 401.

46 Friszke, Polska. Losy Państwa i Narodu 1939–1989, S. 413.

ben. Es herrschte Zensur und de facto eine Militärdiktatur. Die „Solidarność“ wurde aufgelöst, die Strafgesetzgebung verschärft und eine Reihe Oppositioneller inhaftiert.[47] Die zersplitterte „Solidarność“ musste nunmehr im Untergrund arbeiten. Da das Wirken in der Illegalität eine gewisse Tradition in der polnischen Gesellschaft hatte, gelang dies auch. Mit Hilfe der Kirchen wurde das unabhängige Presse-, Bildungs- sowie Kommunikationswesen vorbereitet. Insgesamt wurden bis 1988 1 700 Pressetitel und 4 400 Bücher veröffentlicht. Allerdings schätzte der Sicherheitsdienst 1986, dass in der so genannten Opposition nur 1 500 Aktivisten tätig waren. Die Zahl der „Solidarność“ Mitglieder sank auf 2,5 Millionen, jedoch galten davon nur 22 000 Menschen als Oppositionssympathisanten bzw. Helfer.[48]

Das „Solidarność“-Verbot schloss die einzige Möglichkeit aus, sich an Regeln demokratischer Auseinandersetzung zu gewöhnen. In der politischen Landschaft außerhalb der „Solidarność“ agierten Gruppen, die entweder als extrem galten, wie etwa die „Kämpfende Solidarność“, oder nur eine Parodie der Staatspartei anstrebten, so wie die „Orangene Alternative“. Die „richtige“ „Solidarność“ wiederum rief mit einem gewissen Erfolg zum Wahlboykott auf; 1985 registrierte man sogar in den amtlichen Statistiken nur eine Wahlbeteiligung von 78 Prozent (nach oppositionellen Berechnungen nur 66 Prozent). Dieser Erfolg aber bedeutete ein Desaster für das politische Bewusstsein der Bürger. Bemühungen auf dem Gebiet der politischen Bildung, etwa um die Demokratiedefizite in den Gewerkschaften Anfang der 80er Jahre zu beseitigen, zeitigten kaum positive Ergenisse. Verschiedene Führungsgremien stellten die Rolle Wałęsas in Frage, wie beispielsweise die „Grupa Robocza“. Die „legalen“ Gremien, wie die Landesverständigungskommission wollten mehr als ein Drittel der landesweiten Organisationseinheiten von „Solidarność“ nicht anerkennen.[49]

Wie sah die DDR-Opposition im Vergleich mit Polen aus? Die in den 70er Jahren entstandenen Dissidentenkreise waren zwar sehr klein, entwickelten aber eine pluralistische Struktur; undemokratisches Handeln innerhalb der Gruppe fand nicht statt. Über die Tätigkeiten der Opposition war die SED-Führung zwar informiert. Allerdings waren die Dissidenten als Beweis der angeblichen DDR-Demokratie notwendig, um neue Kredite von der Bundesrepublik zu erhalten. Andere Merkmale der ostdeutschen „Demokratie“ blieben ebenso unverändert – mit Ausnahme der Wahlbeteiligung, die 1989 die 99-Prozenthürde überschritten hatte.[50]

Die Dissidenten nutzten auch die vorhandenen rechtlichen Spielräume. So konnten viele oppositionelle Zeitschriften mit dem Abdruck „nur zum inner-

47 Jerzy Eisler, Polska 1980–1982. Wewnętrzny kryzys, międzynarodowe uwarunkowania. In: Wiadomości Historyczne, 2 (1998), S. 124–126.
48 Antoni Dudek, Reglamentowana rewolucja. Rozkład dyktatury komunistycznej w Polsce 1988–1990, Kraków 2005, S. 64.
49 Friszke, Polska. Losy Państwa i Narodu 1939–1989, S. 432.
50 Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermeyer/Richard Stöss (Hg), Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 93.

kirchlichen Gebrauch“ oder in einer Auflage unter 100 Exemplaren legal, obwohl beschränkt, zugänglich gemacht werden. Alle polnischen Untergrundveröffentlichungen waren demgegenüber illegal. Wegen der verhältnismäßig guten Versorgung, richtete sich die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die Elemente der staatlichen Diktatur. So begann die Frauenbewegung ihre Tätigkeit, deren erste Vertreterinnen, wie Irena Kukutz oder Bärbel Bohley, im Jahr 1982 Petitionen gegen den Frauenwehrdienst an die Behörden sandten.[51]

In der DDR gab es keine einheitliche Oppositionsbewegung. Die verschiedenen ostdeutschen Gruppierungen traten gegen den Sozialismus als Ganzes ein, wie die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, oder thematisierten bestimmte Aspekte des Lebens, wie beispielsweise Umweltgruppen oder Arbeitsgruppen der Ausreisewilligen.[52] Erste politische Konzepte wurden entwickelt, so zum Beispiel der Entwurf von Markus Meckel, aus dem später eine politische Partei hervorging. Der Begriff „Partei“ wurde im Gegensatz zu Polen nicht pejorativ gebraucht. Besonders hervorzuheben ist auch die Arbeit der Oppositionellen im Bereich der politischen Bildung, wie sie vor allem in der Umweltbibliothek stattfand.[53]

In der ostdeutschen Oppositionsbewegung gab es auch Meinungsverschiedenheiten, sowohl die üblichen als auch die maßgeblich vom MfS inszenierten. Trotz der dadurch entstandenen Spannungen, auch im kirchlichen Bereich wie bei der Entstehung der Initiative „Kirche von unten“, war die Opposition in den Jahren 1983 bis 1989 in der Lage, sich regelmäßig zu treffen (Seminare „Frieden Konkret“)[54] und gemeinsame Protestaktionen vorzubereiten, wie zum Beispiel gegen den Versuch, 1987 die Umweltbibliothek zu schließen. Aufgrund der Spannungen innerhalb der „Solidarność“ wäre ein ähnliches Treffen in Polen, bei dem die Vertreter der 160 Organisationen ihre Aktivitäten besprechen und diskutieren konnten, überhaupt nicht möglich gewesen. Von besonderer Bedeutung war auch die Tatsache, dass die Versuche zum Wahlboykott-Aufruf überwiegend marginal waren.

Die „Solidarność“-Revolution in Polen 1980/81 und das Kriegsrecht zerstörten sowohl das Engagement der Bevölkerung als auch die sich entwickelnden Keime einer Zivilgesellschaft. 1989 erreichte das Apathieniveau in Polen seinen Höhepunkt, während in der DDR die Unzufriedenheit langsam wuchs und eine Grundlage für die demokratische Revolution schuf.

51 Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Teil 2, S. 1346.
52 Wolfgang Rüddenklau, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992, S. 124.
53 Moritz, Gruppen der DDR-Opposition, S. 86.
54 Kuhrt, Opposition in der DDR, S. 144.

VII. Revolution 1989 und Demokratiegründung

Der Verlauf der Wende 1989 in Polen und in der DDR war von entscheidender Bedeutung für den Prozess der späteren Demokratiekonsolidierung. Erst in der Zeit der friedlichen Revolution konnte die Bedeutung des früheren Verhaltens im Bezug auf die Demokratiepflege beobachtet werden. Die ersten Unterschiede zeichneten sich im Bereich der Staatspartei ab. In der DDR herrschte an der Spitze und in den Parteiorganisationen extremer Dogmatismus. Die Situation in Polen, wo viele PVAP-Mitglieder offen Mitglieder der „gegnerischen Organisation" waren, unterschied sich gravierend von der der DDR. Der Glaube an den Erfolg des Kommunismus machte Honecker und seine Getreuen unfähig, die Hinweise auf eine bevorstehende Krise zu erkennen. Die ideologische „Schwäche" der PVAP wandelte Jaruzelski hingegen in eine Stärke um. Da er wusste, wie schwach die Wirtschaft war, ging er mutig einen Schritt voran, um die Position der Partei zu retten. Er ließ eine schrittweise Demokratisierung zu – mit dem Vorbehalt, dass er diese Prozesse zumindest teilweise unter Kontrolle behalten könne.[55] Da nicht alle PVAP-Mitglieder mit Jaruzelskis Ideen einverstanden waren, grenzte er mit Hilfe seines Innenministers und Chefs des Sicherheitsdienstes, Czesław Kiszczak, den Einfluss seiner innerparteilichen Fraktionen und Gegner ein. Außerdem bekam er eine „Genehmigung" aus Moskau, wo der neue Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, seit 1986 eigene Reformversuche vorbereitete. Honecker dagegen lehnte die Politik der Sowjetunion ab. Er hatte vergessen, dass er mit Hilfe der KPdSU und aufgrund von Intrigen innerhalb der SED an die Macht gekommen war. 1989 musste er zwangsläufig verlieren. Erstens sah er nicht, dass andere führende Parteienfunktionäre, mit dem Rückhalt Gorbatschows, eine Machtübernahme vorbereiteten. Zweitens waren Honecker und Krenz nicht flexibel genug, um zu verstehen, dass nur sofortige durchgreifende Reformen eine Überlebenschance für die DDR boten. Beide glaubten an die Möglichkeit, den Sozialismus zu retten, obwohl im Laufe des Jahres 1989 immer mehr Menschen sich offen gegen den Sozialismus aussprachen. Das alte System war nur noch mit Gewalt zu verteidigen oder mit erheblichen Konzessionen im Machtbereich zu demokratisieren. Die SED wollte den Sozialismus ohne Opposition retten und verlor im Gegensatz zur PVAP vollständig die Kontrolle.

Die PVAP bot der „Solidarność" die Teilnahme an der Macht und im Laufe der Verhandlungen des Runden Tisches auch die Legalisierung der Gewerkschaften sowie die Wiederherstellung aller Freiheiten an. An die DDR-Opposition trug niemand ein solches Angebot heran. Als Gegenleistung musste sich die „Solidarność" mit halbfreien Wahlen abfinden. Lediglich 35 Prozent der Plätze konnten demokratisch gewählt werden, die PVAP behielt die wichtigsten Ministerien, etwa des Inneren und der Verteidigung. Erst 1994 sollten wirklich freie

55 Antoni Dudek, Historia polityczna Polski 1989–2005, Kraków 2007, S. 11 ff.

Wahlen stattfinden.[56] Bis Spätsommer 1989 wurden den DDR-Dissidenten derartige Vorschläge nicht unterbreitet, da in der SED die Meinung vertreten wurde, dass die Opposition bedeutungslos sei. Daher prüften die Dissidenten im Mai 1989 nur die Ehrlichkeit der Kommunalwahlen und versuchten entsprechende Klagen an die Staatsanwaltschaft heranzutragen.[57]

Da die Unzufriedenheit der Menschen zu einer großen Fluchtwelle aus der DDR führte, entwickeln die Dissidenten neue Konzepte. Sie bildeten die Grundlage für die ersten organisierten Oppositionsgruppen, wie das „Neue Forum" oder „Demokratischer Aufbruch". Die Gründer des „Neuen Forums" zeigten sich mit der Illegalität nicht einverstanden. Trotz der Ablehnung eines Registrierungsversuches versprachen sie, alles zu versuchen, um eine legale Position zu erhalten.[58] Wegen der großen gesellschaftlichen Unterstützung, sichtbar vor allem durch die wachsende Zahl der Demonstrationsteilnehmer, wurde die Opposition mächtiger und die SED schwächer. Die Forderungen des Runden Tisches besiegelten das Ende der SED. Es gab keine Möglichkeiten, die Wahlen zu manipulieren, sie mussten zu 100 Prozent frei sein. Den SED-Mitgliedern war es zudem nicht gestattet, die wichtigsten Ämter zu kontrollieren.

Der Verlauf der freien Wahlen bestätigte den Sinn des oppositionellen Verhaltens. Die Wahlbeteiligung lag bei 94 Prozent. In Polen lag sie bei den ersten halbfreien Wahlen nur bei 62 Prozent, in der Stichwahl bei 25 Prozent und in den ersten freien Wahlen nur bei 43 Prozent. 16 Jahre nach der Revolution war die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland um 30 Prozent höher als in Polen.[59]

Die in den Wahlen vertretenen Parteien bildeten eine pluralisierte Parteilandschaft, die in der Lage war, die Rolle eines Akteurs im politischen System der DDR und später der östlichen Bundesländer Deutschlands zu übernehmen. Zum einen wurden stabile Koalitionen gebildet, wie beispielsweise das Bündnis 90, und zum anderen vereinigten sich die Satellitenparteien der SED, etwa die Ost-CDU, schnell mit ihren westdeutschen Schwesterparteien. Die Mehrheit der 1990 in der DDR gegründeten Parteien existiert in verschieden Formen bis 2007 im bundesdeutschen Parteiensystem, was in Polen nicht der Fall ist. Durch die Polarisierung der politischen Szene wurde eine spätere Fragmentierung des Parteienlebens in Ostdeutschland vermieden. Die Zwangsverbindung verschiedener Strömungen musste zur enormen Fragmentierung der politischen Szene in Polen führen, da schon die Gesprächsergebnisse des Runden Tisches durch verschiedene „Solidarność"-Gruppen nicht akzeptiert wurden.[60] So sind aus der

56 Andrzej Garlicki, Karuzela, czyli rzecz o okrągłym stole, Warszawa 2003, S. 112.
57 Klaus-Peter Dauks, Die DDR-Gesellschaft und ihre Revolution, Aachen 1999, S. 98.
58 Vgl. Sprechererklärung des NEUEN FORUM zur „Mitteilung des Ministers des Innern" vom 22. September 1989 sowie zur Entscheidung der Stellvertreter der Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke, http://www.ddr89.de/ddr89/inhalt/ddr_nf.html.
59 Marek Migalski/Waldemar Wojtasik/Marek Mazur, Polski system partyjny, Warszawa 2006, S. 76.
60 Dudek, Reglamentowana rewolucja, S. 246.

„Solidarność"-Bewegung 1991 im Parlament 29 Parteien entstanden, 12 von ihnen hatten nur einen Abgeordneten. Ähnliche Zahlen von politischen Parteien hat Polen 16 Jahre nach Ostdeutschland erreicht,[61] wobei es sich aber nur um neue Parteien handelt. Der Anteil der Wechselwähler im Parteiensystem, gemessen am Volatilitätsindex von Petersen lag 2005 in Polen dreimal so hoch wie der in Ostdeutschland. Diejenigen Parteien, die noch 1991 im Parlament vertreten waren, existieren nicht mehr – mit der wichtigen Ausnahme der postkommunistischen Partei, die nach der Wende sehr viel Zeit gewonnen hatte, um sich zu konsolidieren. Das Bündnis 90 existiert bis heute, auch wenn es an Bedeutung verloren hat. Die gute Grundlage für die Konsolidierung der Demokratie in Ostdeutschland ist der DDR-Opposition zu verdanken. Die polnische Opposition konnte zwar den Demokratisierungsprozess beschleunigen. In der langfristigen Perspektive hat sie aber, durch ihre innere Schwäche, den Konsolidierungsprozess nicht verstärkt.

61 Wojciech Sokół/Marek Żmigrodzki, Współczesne partie i systemy partyjne, Lublin 2003, S. 144.